

# Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Köditz, Bernsdorf, Rilsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Rübischappel und Tirschheim.

Ercheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, nachmittags. — Bezugspreis: 20.— M. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 60.— M. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 80 Bfg.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 2.— M. für auswärtige Besteller mit 2,25 M. berechnet. Im Anzeiger und amtlichen Teile kostet die dreizehnpaltige Zeile 4,50 M., für Auswärtige 5.— M. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 121

Freitag, den 26. Mai 1922

72. Jahrgang.

## Kurze wichtige Nachrichten.

Im Reichstag wurde am Mittwoch die 2. Beratung des Reichsstaatsbudgets fortgesetzt.  
Kürzlich fand unter Beteiligung der zuständigen Ministerialreferenten und Gesundheitsämter eine Konferenz in Berlin statt, um Maßnahmen für den Fall einer Einschleppung von Cholera und Flecktyphus aus Ostasien zu treffen.  
Eine neue Auslegung für den Plan einer Ruhrbelegung bringt der Fugard, der erklärt, daß die Befestigung keineswegs eine militärische Maßnahme darstellen würde. Man beabsichtigt vielmehr damit nur die deutsche Großindustrie zu treffen, indem man jede Tonne Ruhrkohle mit etwa 50 Franken belasten wolle.  
Die deutsche Luftfriedenskommission, der der Verkehr zwischen den deutschen Behörden und der Internationalen Luftfahrtüberwachungskommission oblag, ist durch Verfügung des Reichswehrministeriums mit dem 5. Mai aufgelöst worden, nachdem auch die feindliche Kommission ihre Arbeiten eingestellt hat.  
Der politische Bericht des „Daily Chronicle“ meldet, daß Lloyd George seinen Plan bezüglich der morgen im Unterhaus stattfindenden Genuadebatte geändert habe. Nicht Wortington Evans, sondern er selber werde die Debatte mit einer wichtigen Erklärung über die Konferenz eröffnen. Ueber die außenpolitischen Verhältnisse zu Frankreich und über die französischen Sanktionen werde er sein einziges Wort verlieren. Er behalte sich vor, zu einem besonderen Zeitpunkt darauf zurückzukommen.

## Krisis im Reichskabinett!

Berlin, 25. Mai.

In seiner gestrigen Sitzung beschäftigte sich das Reichskabinett zuerst mit dem Gesetzentwurf über die Getreidemenge und nahm dann den Vortrag des Reichsfinanzministers über Genua entgegen, der ganz besonders die letzten Vorgänge berücksichtigte.

Das Kabinett wird auch heute zu einer Sitzung zusammenkommen und hierbei den Vortrag Rathenaus über Genua, insbesondere das deutsch-russische Abkommen entgegennehmen. Ganz besonders aber ist diese Sitzung dem Bericht des Finanzministers Hermes über die Pariser Besprechungen und dem im Anschluß hieran notwendig werdenden Entschuldigungen gewidmet. Nach Meldungen hiesiger Blätter handelt es sich hierbei um Entschlüsse von weittragender Bedeutung, die mit dem Termin des 31. Mai zusammenhängen. Die Lage hat sich infolge sachlicher Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Finanzminister weiter zuspitzt. Nach Ansicht des Reichsfinanzministers ist Hermes in Paris bei seinen Zusagen für einen Ausgleich des deutschen Budgets und für eine Kontrolle der deutschen Finanzen zu weit gegangen. Man erinnert sich, daß Reichsfinanzminister Wirth im Reichstage in seiner großen Rede über die Note der Reparationskommission gerade diesen Forderungen unter nahezu einmütiger Zustimmung des Hauses ein entschiedenes Nein entgegengesetzt hat. Wenn die Behauptungen von einer Kanzler- oder gar einer Kabinettsstrijie auch übertrieben sein dürfen, so ist die Situation doch ungeheuer ernst.

Ueber die gegenwärtige Lage weiß der „Kölnische Anzeiger“ zu berichten:

Dr. Hermes war ohne Vollmachten nach Paris gegangen wenigstens wird das immer wieder von den zuständigen Stellen betont. Er hat lediglich die Aufgabe, das Gelände zu sondieren, sich über die Stimmung innerhalb der Reparationskommission zu unterrichten und diese umgekehrt ebenfalls zu informieren. Man befürchtet nun, er könnte sich infolgedessen gebunden haben, daß er Mitteilungen gemacht hat, die eine Überhöhung unserer Leistungsfähigkeit durch die Reparationskommission denkbar erscheinen lassen würde. Das eine scheint einwandfrei festzustellen, daß weitere Kreise innerhalb der Parteien und auch ein großer Teil des Kabinetts der Tätigkeit des Ministers in Paris sehr kritisch gegenüber stehen.

Man kann nach allem, was durchsickert, annehmen, daß wir eine Finanzministerstrijie haben, wenn diese im Augenblick auch noch latent ist. Sie wird, je nachdem, stut oder beigelegt werden, wenn der Minister dem Kabinett Bericht erstattet hat. Gestern abend verbreitete die Dema in dieser Angelegenheit eine Meldung, für die so die volle

Verantwortung übernehmen muß. Es heißt darin unter anderem:

„Hermes hatte sich schon mit einem Vorschlage der Reparationskommission einverstanden erklärt. Dieser Vorschlag ging im wesentlichen dahin, daß zunächst eine Bilanzierung des deutschen Budgets erfolge, die man über andere Fragen verhandelt. Nach dem Vorschlag der Reparationskommission sollte der Stand der schwebenden Schuld vom März 1922 anerkannt werden. Für jede Überschreitung dieser Schuldsumme sollte sofort Deckung geschaffen werden. Sollten sechs Monate lang sich Überschreitungen der schwebenden Schuldsumme notwendig machen, so verpflichte sich die deutsche Regierung, für diese neuen Überschreitungen der Schuldsumme Deckung durch Steuern zu schaffen. Der Reichsfinanzminister war ein Gegner der Zustimmung des Ministers Hermes zu diesen Vorschlägen, zumal er glaubte, Zusicherungen Lloyd Georges in Genua erhalten zu haben, die dahin gingen, daß die internationale Anleihe der deutschen Regierung die nötigen Mittel an die Hand geben sollte, den Etat zu balancieren und die Reparationsleistungen zu erfüllen. Als Lloyd George auf seiner Durchreise in Paris dem englischen Vertreter in der Reparationskommission entsprechende Vorschläge machen wollte, wies dieser auf die Zusage des Ministers Hermes hin, so daß Lloyd George erklärte, dann seien selbstverständlich weitere Bemühungen nicht mehr notwendig. Der Reichsfinanzminister erklärte nun in den Kabinettsberatungen, daß es ihm nicht möglich sei, dem Vorschlage des Ministers Hermes beizutreten. Die übrigen Kabinettsmitglieder waren nicht der Ansicht, daß man im Augenblick den Minister Hermes desavouieren könne. Der Reichsfinanzminister vortrat dagegen die Auffassung, daß Hermes wegen Überschreitung seiner Instruktionen sofort aus Paris abberufen werden müsse.“

## Nachrichtigung des Kabinetts.

Berlin, 25. Mai. Das Kabinett trat heute, am Himmelfahrtstag, nachmittags um 6 Uhr unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Wirth zu einer Sitzung zusammen. Der Reichsminister des Innern, Dr. Rathenau, gab in einem zweistündigen Vortrag ein Rückbild über die Konferenz von Genua, insbesondere behandelte er die Verhandlungen in den Kommissionen und den Kapallevertrag. Er schilderte seine Entstehungsgeschichte unter Würdigung und Betonung seiner Vorteile und unter Widerlegung der Einwendungen, die von verschiedenen Seiten gemacht werden. Das Gesamtergebnis der Konferenz beurteilte Dr. Rathenau positiv.

Die Sitzung wurde um 8 Uhr für eine kurze Zeit unterbrochen, um alsbald wieder aufgenommen zu werden. In der anschließenden Besprechung, die voraussichtlich bis in die späten Nachstunden dauern wird, wird zunächst der Reichsfinanzminister Dr. Hermes den Bericht über seine Pariser Verhandlungen erstatten.

## Die Kabinettsstrijie beseitigt?

Berlin, 26. Mai. Von zuständiger Seite wird auf Anfrage, ob die Kabinettsmitglieder mit der Tätigkeit des Reichsfinanzministers in Paris einverstanden seien, wird erklärt, daß die Mitglieder der Regierung im Großen und Ganzen zustimmen würden. Es handelt sich nur um die Modifikation einzelner Punkte. Das Berliner Tageblatt teilt mit: Sicher sei, daß verschiedene persönliche Differenzen zwischen Dr. Wirth und Dr. Hermes bestehen. Der Reichsfinanzminister ist indessen nicht geneigt, sich von persönlichen Momenten bestimmen zu lassen. Er legt ebenso wie das Kabinett Wert auf die Mäßigung der sachlichen Meinungsverschiedenheiten. — Die von verschiedenen Zeitungen bereits verbreitete Meldung, daß er mit dem Rücktritt gedroht habe, wird vom Reichsfinanzminister streng in Abrede gestellt. Es läßt sich schon jetzt sagen, daß die Gefahr einer großen innerpolitischen Krise überwunden zu sein scheint. Besonders der Reichspräsident hat sich um den Ausgleich bemüht, da wir weniger denn je unmittelbar vor einer großen außenpolitischen Entscheidung eine Kabinettsstrijie ertragen könnten.

## Deutsches Reich

Der sächsische Landesrat gegen die Zwangsanleihe.

S. J. Dresden. Der Ständige Ausschuß des Landesratsschiffes hat sich in seiner letzten Sitzung unter anderem auch mit dem Entwurf eines Gesetzes über die

Zwangsanleihe beschäftigt, die bereits durch das Gesetz über Änderungen im Finanzwesen vom 8. April 1922 beschlossen ist und in der Höhe des Gesamtwerts von einer Goldmilliarde, der von der Reichsregierung mit etwa 60 Papiermilliarde angenommen wird, aufgelegt werden soll. Bei der einschneidenden Bedeutung dieses Gesetzes für das gesamte Wirtschaftsleben und insbesondere für die Landwirtschaft vom Standpunkt der Beschaffung des erforderlichen Betriebskapitals wird der Landesrat nach eingehender Beratung im Ständigen Ausschuß nochmals die schwersten Bedenken zum Ausdruck bringen, alsdann zu den einzelnen Punkten über die Verzinsung, die Tilgung, die Zeichnungspflicht sowie die Vorauszeichnung und endgültige Zeichnung ausführlich begründete Abänderungs- und Ergänzungsvorschläge machen.

## Die Akten zur Kriegsschuld.

Berlin. Unter dem Titel „Die große Politik der europäischen Kabinette 1871 bis 1914“ beginnt demnächst die Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes zu erscheinen. Die Drucklegung der ersten sechs Bände dieses großen Aktenwerkes der Deutschen Regierung ist jetzt beendet. Das Werk ist ein Ergebnis der Öffnung der deutschen Archive. Das diplomatische Aktenmaterial des deutschen Auswärtigen Amtes zur Geschichte der europäischen Politik in der Zeit vom Frankfurter Frieden im Jahre 1871 bis zum Beginn des Weltkrieges soll hier der Öffentlichkeit übergeben werden. Die fertigen sechs Bände werden, nach Erledigung der letzten technischen Arbeiten, durch die Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin am 20. Juni dem Buchhandel ausgeliefert werden; das gesamte Aktenwerk wird einen Umfang von 20—22 Bänden haben und vier große Gruppen bilden, deren jede einen entscheidenden Abschnitt der Geschichte des letzten halben Jahrhunderts umfassen wird. Die erste jetzt fertiggestellte Gruppe enthält das Aktenmaterial der Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Entlassung des Fürsten Bismarck.

## Neue Kriegsbeschuldigten-Prozesse.

Die alliierten Regierungen beraten zurzeit, wie aus einer Antwort Chamberlains auf eine kleine Anfrage im Unterhaus sich ergibt, darüber, wie sie in der Frage der Befolgung der deutschen Kriegsbeschuldigten vorgehen wollen. Das Reichsgericht wird Ende Juni bereits gegen einen auf der französischen Liste aufgeführter deutschen Arzt verhandeln, dem vorgeworfen wird, die Bemühungen des im Lager tätigen französischen Arztes zur Bekämpfung der Krankheiten nicht nur nicht unterstützt, sondern geradezu vereitelt und dadurch viele Todesfälle verursacht zu haben. Weiter wird er beschuldigt, sich Lebensmittelverderben an die Gefangenen angeeignet zu haben.

## Schwerer Zusammenstoß zw. vier deutscher Kriegsschiffe.

In der Nacht zum 24. Mai hat in der Nähe von Zehnitz bei einem Nachtmanöver unserer Schiffe und Torpedoboote ein Zusammenstoß zwischen dem Linienschiff „Sannover“ und dem Torpedoboot „S 18“ stattgefunden. Das Torpedoboot wurde am Bug beschädigt und ist nach Zehnitz eingelaufen. In treuer Pflichterfüllung haben bei dem Zusammenstoß folgende Angehörige der Torpedobootsbesatzung den Tod gefunden: die Torpedomatrosen Enghardt, Scholl, Vortz, Sibella, Hammerichmidt; die Torpedobootsleiter Zeipel, Glinski, Volz, Sched und Parth.

Die „Sannover“ ist eins der sechs uns laut Friedensvertrag zustehenden Linienschiffe mit einem Rauminhalt von 13200 Tons und 726 Mann Besatzung. Erbaut auf der Werft in Wilhelmshaven, lief sie am 29. September 1905 vom Stapel. Der Zerstörer „S 18“ hatte 564 Tons Wasserverdrängung und eine Geschwindigkeit von 32,5 Knoten bei einer Besatzung von 91 Mann. Der Verlust der in aufopfernder Pflichterfüllung ums Leben gekommenen Mitglieder der Besatzung bedauert ein schwerer Schlag für die deutsche Reichsmarine. Das ganze deutsche Volk empfindet mit den Angehörigen und der Reichsmarine den Verlust in seiner ganzen Schwere. Er den verstorbenen Soldaten.

## Beischlüsse des Reichsrats.

Der Reichsrat beschäftigt sich in seiner öffentlichen Sitzung vom Dienstag abend mit dem in Genf abgeschlossenen deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien. Die Reichsratsausschüsse haben sich einverstanden erklärt, dem Abkommen in folgender Form zuzustimmen: „Der Reichsrat erteilt dem deutsch-polnischen Vertrag über Oberschlesien seine Zu-

all.  
ater  
erfimes:  
nig  
V. Teil!  
Besonders ist  
übigen Unter-  
e in 2 Akten:  
meier & Co.  
spiele.  
t von 5 Uhr ab:  
Strom.  
Wilt-Weft-Drama.  
arl be Bogt.  
Küpfel.  
Rubolf Lüfka.  
gen  
burg  
ossnitz  
1.  
JAEGER  
t. Spejit.  
neine  
dieses Blattes  
Verlobung  
Chemnitz  
922.  
arnatz  
Kühn  
te.